

Gemeinsamer Bericht

des Vorstands der Hansa Group AG

und der Geschäftsführung der Luhns GmbH

gemäß § 293 a AktG über den Abschluss eines

Ergebnisabführungsvertrags vom 11.07.2012

zwischen der Hansa Group AG, eingetragen im Handelsregister des Amtsgericht Stendal unter HRB 17087 (nachfolgend Hansa)

und der Luhns GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Wuppertal unter HRB 5198 (nachfolgend Luhns)

Vertreten durch den Vorstand und die Geschäftsführung haben die Hansa und die Luhns am 11.07.2012 einen Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, durch den die Luhns zur Abführung ihres Gewinns an die Hansa verpflichtet ist. Eine Abschrift dieses Ergebnisabführungsvertrags ist diesem Bericht als Anlage beigelegt. Als Unternehmensvertrag im Sinne des § 291 Abs. 1 S. 1 AktG bedarf der Ergebnisabführungsvertrag für seine Wirksamkeit der Zustimmung der Hauptversammlung der Hansa und der Gesellschafterversammlung der Luhns (§ 293 Abs. 1, 2 AktG analog). Er wird mit Eintragung in das Handelsregister der Luhns wirksam und gilt ab Beginn des zum Eintragungszeitpunkt laufenden Geschäftsjahrs, voraussichtlich also ab dem 01.01.2012.

Zur Unterrichtung ihrer Aktionäre und zur Vorbereitung der Beschlussfassung in der Hauptversammlung der Hansa am 24.08.2012 erstatten der Vorstand der Hansa und die Geschäftsführung der Luhns gemeinsam nach § 293 a AktG den nachfolgenden Bericht über den Ergebnisabführungsvertrag:

I. Vertragsparteien

1. Die Hansa Group AG

Die Hansa ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stendal unter HRB 17087. Unternehmensgegenstand ist das Betreiben, der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen, die sich mit der Entwicklung, Herstellung, Weiterverarbeitung und dem Vertrieb von chemischen Erzeugnissen aller Art, insbesondere von Rohstoffen, Vorprodukten und Zwischenprodukten für Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika, Pharmazeutika, Lebensmitteln, Verpackung und damit verwandten Produkten beschäftigen und den Handel mit diesen Rohstoffen und Waren einschließlich Im- und Export zum Gegenstand haben. Ebenfalls produziert und vertreibt sie selbst Vor- und Zwischenprodukte für Wasch- und Reinigungsmittel sowie Körperpflegeprodukte. Die Hansa agiert

ferner als Dienstleister für andere Unternehmen der Chemieindustrie und bietet diesen die Behandlung, Lagerung und den Transport von Produkten, die vollständige Lohnfertigung von Produkten sowie Labordienstleistungen an.

2. Die Luhns GmbH

Die Luhns ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Wuppertal unter HRB 5198. Alleingesellschafterin der Luhns ist die Hansa. Unternehmensgegenstand ist die Entwicklung, Herstellung und der Vertrieb von Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln, Seifen, pharmazeutischen und kosmetischen Produkten sowie allen damit verwandten Artikeln und chemischen Erzeugnissen aller Art, wie auch der Handel mit diesen Waren einschließlich Import und Export. Das Produktportfolio umfasst dabei alle flüssigen Waschmittel, Weichspüler und Produkte zur Wäsche- pflege. Ebenso die gesamte Palette der marktüblichen Putz- und Reinigungsmittel sowie ein umfangreiches Sortiment von Spezialreinigern. In der Haar- und Körperpflege produziert die Luhns qualitativ hochwertige Shampoos und Haarnachbehandlungsprodukte sowie Dusch- und Badekosmetik. Ergänzt wird ihr Sortiment regelmäßig durch Neuentwicklungen hochwertiger, innovativer Ergänzungsprodukte.

II. Rechtliche und wirtschaftliche Gründe für den Abschluss des Ergebnisabführungsvertrags

Der Vertrag dient, wie seine Präambel klarstellt, vorrangig der Begründung einer körperschaftsteuerlichen Organschaft gemäß §§ 14 ff. KStG und einer gewerbesteuerlichen Organschaft gemäß § 2 Abs. 2 GewStG. Diese Organschaften führen zu einer zusammengefassten Besteuerung der Luhns und der Hansa in diesen Steuerarten, wodurch ein steuerlicher Gewinn-/Verlustausgleich möglich wird. Dies kann je nach steuerlicher Ergebnissituation der Hansa und der Luhns zu steuerlichen Vorteilen führen. Ebenfalls vermeidet die steuerliche Organschaft die sonst nach § 8 b Abs. 1, 5 KStG erfolgende Besteuerung von 5 % einer Dividendenausschüttung der Luhns an die Hansa.

Zum Erreichen des gesetzten Ziels besteht keine gleich geeignete Alternative zum Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages. Eine gemeinsame Besteuerung der Hansa und der Luhns könnte zwar auch durch den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages herbeigeführt werden. Die zusätzliche Beherrschungskomponente bedeutete aber einen weitergehenden Eingriff in die Organisationsstruktur der Luhns, der nicht erforderlich ist, denn für die Begründung einer steuerrechtlichen Organschaft ist die Beherrschungskomponente gerade nicht erforderlich. Durch den Abschluss eines anderen Unternehmensvertrags im Sinne der §§ 291, 292 AktG kann eine gemeinsame Besteuerung nicht herbeigeführt werden. Eine in den Rechtsfolgen weitergehende Maßnahme, wie z. B. die Verschmelzung der Luhns auf die Hansa, scheidet als Alternative aus, da sie ungleich aufwendiger wäre. Zudem

soll Luhns als rechtlich selbständige Einheit zum Erhalt einer dezentraleren Unternehmensorganisation bestehen bleiben.

III. Erläuterung der wesentlichen Inhalte des Ergebnisabführungsvertrags

Im Folgenden werden die wesentlichen Bestimmungen des Ergebnisabführungsvertrags erläutert:

1. Gewinnabführung

§ 1 regelt die vertraglichen Gewinnabführungspflichten der Luhns. In Absatz 1 ist die Verpflichtung zur Abführung ihres gesamten Gewinns an die Hansa festgeschrieben. Gewinn ist dabei der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss, nachdem davor ein eventueller Verlustvortrag aus dem Vorjahr und der nach § 268 Abs. 8 HGB ausschüttungsgesperrte Betrag abgezogen wurden. Der in § 301 AktG ebenfalls genannte § 300 AktG wird dabei ausgenommen, weil er bei einer GmbH als gewinnabführender Gesellschaft keine Anwendung findet.

Absatz 2 regelt die Möglichkeit der Luhns, andere Gewinnrücklagen zu bilden und schränkt diese nach Maßgabe des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 KStG ein, um den Anforderungen der steuerlichen Organschaft zu entsprechen. Er gibt der Hansa weiterhin das Recht, die Auflösung der von der Luhns während der Vertragsdauer gebildeter anderer Gewinnrücklagen zu verlangen, um damit einen Jahresfehlbetrag auszugleichen oder diese als Gewinn abzuführen. Damit entspricht die Regelung weitgehend § 301 S. 2 AktG.

Absatz 3 stellt klar, dass andere Gewinnrücklagen, die vor Inkrafttreten des Vertrags gebildet wurden, nicht aufgelöst werden dürfen, ebenso wie Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB, unabhängig davon, wann diese gebildet wurden. Ebenfalls stellt er klar, dass dies nicht die Möglichkeit berührt, diese Rücklagen als Dividende auszuschütten.

Absatz 4 bestimmt, dass die Gewinnabführung erstmalig für das Geschäftsjahr erfolgen muss, in dem der Vertrag wirksam wird. Dies ist voraussichtlich 2012. Ebenfalls regelt er die Fälligkeit des Gewinnabführungsanspruchs zum Schluss des Geschäftsjahrs der Luhns. Er regelt auch die Verzinsung des Gewinnabführungsanspruches.

2. Verlustausgleich

§ 17 Nr. 2 KStG verlangt die Vereinbarung eines Verlustausgleichs entsprechend § 302 AktG. Der Umsetzung dieser Vorgabe dient § 2. § 2 Absatz 1 verpflichtet die Hansa jeden während der Vertragsdauer sonst, also ohne Berücksichtigung der Verlustausgleichspflicht, entstehenden Jahresfehlbetrag der

Luhns, auszugleichen, sofern er nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beiträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in diese Rücklagen eingestellt worden sind. Diese Pflicht entsteht ebenfalls erstmalig für das Geschäftsjahr, in dem der Ergebnisabführungsvertrag wirksam wird.

Absatz 2 verweist auf § 302 AktG in Gänze, wie es § 17 Nr. 2 KStG verlangt, wenn die gewinnabführende Gesellschaft keine AG oder KG aA ist. Aus dieser Verweisung ergibt sich, dass die Luhns auf ihren Ausgleichsanspruch gegen die Hansa gemäß § 302 Abs. 3 AktG erst 3 Jahre nach Bekanntmachung der Eintragung der Beendigung des Ergebnisabführungsvertrags in das Handelsregister verzichten kann, und dass die Verlustausgleichsansprüche der Luhns gegen die Hansa gemäß § 302 Abs. 4 AktG erst 10 Jahre nach dem Tag der Bekanntmachung der Eintragung der Beendigung des Vertrags in das Handelsregister verjähren.

Absatz 3 regelt die Fälligkeit des Verlustausgleichsanspruchs zum Schluss des Geschäftsjahrs der Luhns. Dieser Fälligkeitszeitpunkt ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs maßgeblich. Ebenfalls regelt er die Verzinsung des Verlustausgleichsanspruchs.

3. Jahresabschluss

§ 3 gibt wieder, dass für die Gewinnabführung und den Verlustausgleich der Jahresabschluss der Luhns maßgebend ist und legt fest, dass dieser vor dem Jahresabschluss der Hansa aufzustellen und festzustellen ist. Dies soll der Hansa die Möglichkeit geben, die Ergebnisabführung noch im selben Geschäftsjahr zu berücksichtigen.

4. Wirksamkeit

§ 4 gibt in Absatz 1 deklaratorisch wieder, dass der Ergebnisabführungsvertrag analog § 293 Abs. 2 AktG der Zustimmung der Hauptversammlung der Hansa und analog § 293 Abs. 1 AktG, § 53 Abs. 1 GmbHG der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Luhns bedarf.

Absatz 2 gibt wieder, dass es analog § 54 Abs. 1 GmbHG zur Wirksamkeit auch der Eintragung des Ergebnisabführungsvertrags in das Handelsregister der Luhns bedarf. Er bestimmt zudem, dass der Vertrag rückwirkend ab Beginn des bei Eintragung in das Handelsregister laufenden Geschäftsjahrs gilt. Damit können die Vorteile einer steuerlichen Organschaft bereits für das zu diesem Zeitpunkt laufende Geschäftsjahr genutzt werden, im vorliegenden Fall also aller Voraussicht nach für das Jahr 2012.

5. Dauer, Kündigung

§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 KStG verlangt zur Anerkennung einer körperschaftsteuerlichen Organschaft, dass der Ergebnisabführungsvertrag mindestens für 5 Zeitjahre abgeschlossen wird. Daher bestimmt § 5 Absatz 1, dass der Vertrag für 5 Zeitjahre seit Beginn des zur Zeit seiner Eintragung in das Handelsregister laufenden Geschäftsjahrs fest geschlossen wird und sich jeweils um ein weiteres Jahr verlängert, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wird.

§ 5 Absatz 2 enthält eine salvatorische Klausel, die sicherstellen soll, dass die für die Anerkennung der körperschaftsteuerlichen Organschaft notwendige Mindestvertragslaufzeit auch dann gewahrt ist, wenn die Finanzverwaltung die steuerliche Organschaft während des 5-Jahres-Zeitraums aus derzeit nicht absehbaren Gründen für eines oder mehrere Jahre nicht anerkennt.

Absatz 3 gewährt entsprechend § 297 Abs. 1 AktG das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und nennt dabei exemplarisch, aber nicht abschließend wichtige Gründe, die zur Kündigung berechtigen. Wichtig ist vor allem Ziffer a, da eine Mehrheitsbeteiligung der Hansa an der Luhns gemäß § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 KStG zwingende Voraussetzung für eine steuerliche Organschaft ist.

Absatz 4 stellt klar, dass die Hansa bei Beendigung des Ergebnisabführungsvertrags den Gläubigern der Luhns gemäß § 303 AktG Sicherheit zu leisten hat, deren Forderungen begründet wurden bevor die Eintragung der Beendigung des Ergebnisabführungsvertrags in das Handelsregister bekannt gemacht worden ist.

6. Schlussbestimmungen

§ 6 des Vertrags enthält die üblichen Schlussbestimmungen in Form einer Schriftformklausel und einer salvatorischen Klausel.

7. Ausgleich und Abfindung

Die Hansa ist zum Zeitpunkt des Abschlusses des Ergebnisabführungsvertrags und zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der Luhns alleinige Gesellschafterin der Luhns. Da es damit bei der Luhns keine außenstehenden Gesellschafter gibt, sind Regelungen über Ausgleich und Abfindung entsprechend der §§ 304, 305 AktG nicht erforderlich.

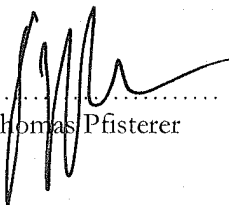
IV. Prüfung des Ergebnisabführungsvertrags

Da es bei der Luhns keine außenstehenden Gesellschafter gibt, bedarf es keiner Prüfung des Vertrags durch sachverständige Prüfer gemäß § 293 b AktG.

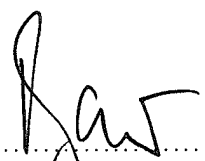
Woburn, den 11. 07. 2012

Hansa Group AG

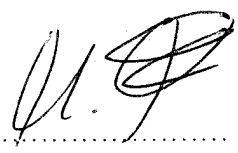
Der Vorstand:



Thomas Pfisterer



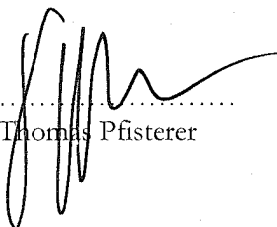
Dr. Volker Bauer



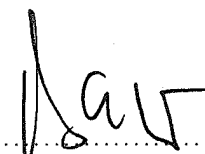
Meinolf Nöthe

Luhns GmbH

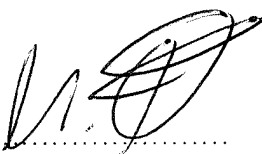
Die Geschäftsführung:



Thomas Pfisterer



Dr. Volker Bauer



Meinolf Nöthe